

Auch wir sind Europa – aktiv, inklusiv, solidarisch!

Das Leitmotiv ist handlungsleitend für den Zusammenhalt behinderter und nichtbehinderter Menschen in ganz Europa. Von derzeit über 500 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern sind ca. 80 Mio. Menschen mit einer Behinderung (Quelle: Agentur der europäischen Union für Grundrechte). Wir sind Teil Europas und wollen anstelle des traditionell bewährten Impulses „Wir machen doch auch für...“, ein „Wir machen gemeinsam“. Dies soll als fester Bestandteil auf allen europäischen Ebenen gelebt werden von der Planung, über die Vorbereitung, bis zur Entscheidung und Handlung, genau wie es die UN-BRK vorsieht.

Gut 15 Jahre nach dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB), 10 Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK in Deutschland, aber auch 25 Jahre nach der von behinderten Menschen erkämpften Verfassungsergänzung gilt es noch heute deutschland- und europaweit die damals formulierten Ziele umzusetzen.

Bereits die Erklärung von Salamanca, in der erstmalig Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar bezeichnet wurden, war ein erster Handlungsauftrag für europäische Gremien. Zukunftsorientiertes, inklusives Denken und Handeln ist ohne direkte Partizipation von uns Menschen mit Behinderungen nicht erfolgreich, es verstärkt und verfestigt das bisherige Gefälle zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen. Aktueller Bezugspunkt ist immer noch das EJMB von 2003 mit dem Motto „Nichts über uns, ohne uns.“ Wir behinderten Menschen ergänzten „...aber alles mit uns!“.

Klares Signal für den Gestaltungswillen von behinderten Menschen war beim EJMB die Auftaktveranstaltung für den deutschsprachigen Raum in Aachen. Von zwei Hauptreferaten hielt eines ein behinderter Mensch und ein zweites ein Vertreter europäischer Behindertenorganisationen. Ebenfalls war klar, dass für die 2003 geförderten Projekte mindestens 50% der Referentinnen und Referenten behinderte Menschen selbst sein mussten. Dieser Grundgedanke der kooperativen Partnerschaft, wie er im Referat zum Empowerment beschrieben wurde, wird bis heute häufig, aber nicht durchgängig, praktiziert.

Ein inklusiver Arbeitsmarkt, gemeinsames Lernen, eigenständige Wohn- und Lebensformen, sowie Inklusion in Kultur, Freizeit und Sport waren hier Themen und sind bis heute Aufträge für Gesellschaft, Politik und uns.

Beeindruckende Beispiele gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Menschen waren 2003 der Standard gemeinsamer Beschulung in verschiedenen Ländern, die Wohnformen in Schweden, bis hin zu dem überzeugenden Selbstbewusstsein der Vertreterinnen und Vertreter der Independent-Living-Bewegung aus Großbritannien, sowie Berichte zu inklusiven Projekten aus Südtirol. Sie verdeutlichten insbesondere die mögliche Stärkung der Identität und des Selbstbewusstseins von uns behinderten Menschen selbst. Einer der beiden Hauptreferenten bei der Eröffnungsveranstaltung mit dem Thema Empowerment war der spätere Bundesvorsitzende von Selbst Aktiv. Er forderte eine gezielte Wahrnehmung auch politischer Aktivitäten durch behinderte Menschen selbst im europäischen Spektrum. Wir forderten damals die diskutierten, gesellschaftlichen Veränderungsprozesse endlich in ganz Europa, aber insbesondere in Deutschland flächendeckend umzusetzen. Europa hat Orientierungs- und Rahmenfunktion für alle Mitgliedsländer. Wir in Deutschland können hier auch im sozial- und behindertenpolitischen Bereich eine Vorreiterrolle wahrnehmen.

Neuorientierungen und Handlungsdruck werden von europäischen Gremien häufig über europäische Rahmenrichtlinien, wie z. B. die Rahmenrichtlinie zur Antidiskriminierung oder zur Barrierefreiheit gesetzt.

Die Mitgliedsländer müssen die vorgegebenen Normen innerhalb einer bestimmten Zeit umsetzen, oder sie werden entsprechend sanktioniert. Ein Beispiel für Deutschland ist die noch immer nicht durch alle Bundesländer erfolgte Umsetzung der europäischen Rahmenrichtlinie zur barrierefreien Internetkommunikation. Wir fordern, dies auf Länderebene zügig zu verwirklichen.

Selbst Aktiv hat konkrete Forderungen an die SPD, die deren Europapolitik entsprechend sozial und behindertenpolitisch begleiten sollen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass auch die Europäische Union die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat.

Wir formulieren folgende Punkte behindertenpolitischen Handelns:

- Die Umsetzung von Artikel 29 der UN-BRK zum Aktiven und Passiven Wahlrecht behinderter Menschen. Hierin gilt es insbesondere das Wahlrecht zu ändern, damit die Wahlrechtsausschlüsse für über 80.000 Menschen mit Behinderungen in Deutschland abgeschafft werden. Ebenfalls fordern wir alle Parteien, aber insbesondere die SPD auf, bei künftigen Europawahlen Menschen mit Behinderungen auf sicheren Listenplätzen kandidieren zu lassen und so die Botschaft „Nichts über uns, ohne uns“ glaubwürdig zu unterstreichen.
- Die seit 10 Jahren verabschiedete Antidiskriminierungsrichtlinie muss auch in Deutschland verabschiedet werden und andere Länder mit Vollzugsdefizit sind ebenfalls hierzu aufzufordern.
- Besonderen Schutz vor Diskriminierung verlangt die Richtlinie für behinderte Mädchen und Frauen, die sowohl auf Grund ihres Geschlechtes als auch ihrer Behinderung in doppelter Weise gefährdet sind. Diesen besonderen Schutz fordern wir nachdrücklich.
- Es sind Arbeits- und Beschäftigungsprogramme für behinderte Menschen europaweit zu initiieren. Eine Rahmenrichtlinie zum Recht auf Arbeit gemäß Artikel 27 der UN-BRK ist zu verabschieden.
- In allen Lebensbereichen muss grundsätzlich eine barrierefreie unterstützte Kommunikation selbstverständlich sein- ob im Bereich Leichte Sprache, Informationsassistenz, wie z.B. Gebärdensprache, Audiodeskription und Lormen sowie die apparative Versorgung.
- Das 2010 auf 10 Jahre verabschiedete Programm zur Verbesserung der Situation behinderter Menschen in Europa läuft im kommenden Jahr aus.
- Ein ebenfalls auf 10 Jahre aufgelegtes Folgeprogramm und ein ständiges Begleitprogramm zur Umsetzung und Angleichung der Lebenssituation und Lebensqualität behinderter Menschen in ganz Europa ist notwendig.

- Im Bereich Kultur, Freizeit und Sport fordern wir ein breites Programm zum intensiven Austausch behinderter und nichtbehinderter Menschen in Europa. Diese Austauschveranstaltungen müssen von Anfang an inklusiv angelegt werden und so das Kennenlernen, unabhängig davon, ob behindert oder nichtbehindert, stärken. Darüber hinaus fordern wir, dass in den jeweiligen europäischen Kulturhauptstädten inklusive Programme vorgesehen werden.
- Der Bereich inklusiver Bildung ist in Europa noch ein bunter Flickenteppich. Um die Umsetzung gemeinsamen Unterrichts in Europa zügig voranzubringen, sollten entsprechende Mittel aus Sonderprogrammen ihn europaweit unterstützen. Eine inklusive Bildung, von der Kita über die Schule, bis hin zur Berufsausbildung, im Studium und zur Erwachsenenbildung muss in den Mitgliedsländern in ihre jeweiligen Bildungssysteme integriert werden.
- Die bereits langjährig bestehende Intergroup aus engagierten Europa-Politikerinnen und Politikern sowie Vertreterinnen und Vertretern behinderter Menschen auf EU-Ebene muss gestärkt werden und über die bisherigen EU-Parlamentarier weit hinausgehen.
- Im Rahmen allgemeiner Bewusstseinsbildung schlagen wir vor in unterschiedlichen Ländern zum Themenspektrum Best Practice Tagungen durchzuführen und die Nachahmung durch Sonderprogramme finanziell zu fördern.
- Die von der EU eingeführte European Disability Card muss aufgegriffen werden und zu einem europaweiten verbindlichen europäischen Behindertenausweis weiterentwickelt werden. Die European Disability Card hat bisher keinen verbindlichen Charakter und ist zurzeit in nur acht Mitgliedsstaaten der EU eingeführt. Es gilt auch hier die EU-Erweiterung für uns Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen. Orientierung hierbei könnte auch der europaweit geltende Parkausweis sowie eine spezielle Bahncard sein. Ein europäischer Behindertenausweis wäre ein kräftiges Signal für ein gemeinsames solidarisches Europa.

- Um europaweit gleiche, und zwar jeweils auf dem höheren Niveau angesiedelte Standards für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten, fordern wir europaweite Benchmarks aller Nachteilsausgleiche behinderter Menschen in Europa. Dies soll verbunden sein mit einem Programm zur Umsetzung europaweit gleicher Standards auf dem jeweils höchsten Niveau.

Über 500 Mio. Menschen leben in Europa, davon 80 Mio. Menschen mit einer Behinderung; diese sind Merkmal eines demokratischen Gemeingefüges und heben Europa positiv ab von konkurrierenden, großen Blöcken in der Welt. Europa muss sich mit einem demokratisch, an Mitbestimmung orientierten Gesellschaftsmodell und hohen wissenschaftlichen, technischen, ökonomischen, aber insbesondere sozialen Standards abheben, und somit Bindewirkung haben, identitätsstiftend nach innen wirken und Strahlkraft für Nationen außerhalb Europas haben.

Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Der soziale Zusammenhalt ist prägend für ein positives, offenes Miteinander in Europa und ist so auch förderlich für die Wirtschaft.

Selbst Aktiv und die SPD sollten hier führend und gestaltend in Europa und Deutschland sein.